

»... ein ordentliches Deutschland werden ...«

Jener sechzehnjährige Schüler – nennen wir ihn Marco – war einer von jenen Jugendlichen, die zum Brandanschlag auf die Wohnung einer vietnamesischen Familie im Ort einiges sagen konnte. Mitte 2000 meinte er zu diesem »Vorfall« einem Reporter gegenüber: »Das sollte hier ein ordentliches Deutschland werden und keine Pension.«¹

Auf den ersten Blick will dieser rechtsextremistische Überfall im Jahr 2000 mit seinem Kommentar durch Marco in jenes Kleinstadt-Idyll des Landes Brandenburg nicht recht passen. 8000 Einwohner zählt der Ort, der – freundlich gelegen – seit über hundert Jahren anerkannter Luftkurort ist. Die Menschen leben gern hier. Erholungseinrichtungen, Verwaltung, kleine Geschäfte und einige Sportvereine bestimmen das Leben in überschaubaren Verhältnissen. Berlin und andere Großstädte mit schroffen sozialen und kulturellen Kontrasten liegen weit entfernt. Die evangelische und katholische Kirche des Ortes hatten nur marginale Bedeutung für jenen »Vorfall«, wohl auch, weil die beiden Pfarrer noch neu waren. Zwar lag die Arbeitslosenrate im Kurort zu jener Zeit bei offiziell 16%. Doch geht es der Kleinstadt – verglichen mit anderen ostdeutschen Orten ähnlicher Größe – verhältnismäßig gut. Sogar das Plattenbaugebiet aus den achtziger Jahren konnte nach der »Wende« aufwändig saniert werden. Doch hier, im ehemaligen Vorzeigeblock des sozialistischen Wohnungsbaus, befinden sich nunmehr die Sozialwohnungen der Stadt. Besonders in diesem Viertel leben jene, denen die Erwerbsarbeit im letzten Jahrzehnt abhanden kam, dazu Spätaussiedler und Kriegsflüchtlinge. Am Rand des Ortes liegt ein Asylbewerberheim mit damals 130 Bewohnern, meist Familien. Menschen sind hier untergebracht, die zum »ordentlichen Deutschland«, wie Marco es verstehen möchte, nicht recht passen wollen. Und hier nun begann eine keineswegs idyllische Geschichte, die nicht nur mit Marco zu tun hat, sondern in kurzer Zeit den gesamten Ort erfasste.

Im Frühjahr 1999 gerieten Schüler aus unterschiedlichen Herkunftsländern in der Gesamtschule der Kleinstadt mit ortsansässigen Jugendlichen derart aneinander, dass es zu Körperverletzungen kam. Rechtsextreme Floskeln bildeten die Begleitmusik. Die Gewalt schaukelte sich hoch und ließ sich innerschulisch kaum mehr bewältigen. Die Polizei ermittelte. Da kamen der Schulleiter und der Ordnungsdezernent der Stadt auf die

1 Zitat aus dem Sendemanuskript des ARD-Magazins »Kontraste« vom 11.5.2000.

Idee, einen Elternabend einzuberufen, bei dem die Konfliktparteien anwesend sein sollten. Eine unabhängige Moderatorin vom Mobilien Beratungsteam² wurde herbeigeholt. Was kaum erwartet wurde, traf ein: Fast alle Eltern und ihre Kinder, die am Konflikt beteiligt waren, nahmen das Angebot von Schule und Stadt an. Aber nur mühsam gelang es, die erregten Gruppen zu bewegen, die Tat-Hergänge jeweils aus ihrer Sicht in dieser Veranstaltung zu schildern und der anderen Seite zuzuhören. Besonders die rechtsextremen Jugendlichen hatten Mühe, sich in verständlichen Sätzen auszudrücken. Im Zuschlagen waren sie geübt als im Sprechen. Dabei meldeten sich immer wieder Eltern zu Wort, deren Kinder zur Rechten Szene gehörten. Sie stellten sich demonstrativ zu ihren Kindern – und dies keineswegs, um deren Gesinnung zu leugnen oder diese entschuldigend schön zu reden. Zum Beispiel eine Mutter, die sich lautstark zu Wort meldete: »Na und, mein Sohn is rechts. Wat is'n dabei? Wir ha'm doch jetzt Meinungsfreiheit. Er kann det ooch mit seine Kleidung zeigen, wat er glaubt.« Doch das aufgeheizte Gegeneinander dieses Abends änderte sich, als ein Vater nach längerem Zögern leise und eindringlich einen Appell formulierte. Er hatte zunächst Strafanzeige gegen einen bosnischen Jugendlichen gestellt, weil dieser seinen Sohn bei den Schulschlägereien verletzt hatte. Nun äußerte sich dieser Vater so: »Mein Sohn hat keine gute Einstellung. Ich bin der Meinung, dass alle Menschen gleich sind. Keiner ist was Besseres. Wenn wir so weiter machen, wird es nie Frieden geben in der Stadt! Ich bin bereit, meine Strafanzeige zurückzuziehen, wenn wir hier und jetzt zu einer friedlichen Einigung kommen!«³ Diese Sätze ermöglichten einen »Waffenstillstand« und führten zu wichtigen Vereinbarungen. Zum Beispiel: Die Schulordnung wurde geändert – gemeinsam erarbeitet von Schülern und Pädagogen. Das Tragen von Abzeichen, die eine politische Gesinnung demonstrieren, sollte in der Schule verboten sein.

Doch im Jahr danach stand diese Schule wieder im Licht der Öffentlichkeit. Im Mai 2000 kam es in der Plattenbausiedlung zu jenem eingangs erwähnten Brandanschlag, den Marco auf seine Weise kommentiert hatte. Jugendliche aus der rechtsextremen Szene waren am Abend durch das Wohngebiet gezogen und hatten vor den Häusern ihre ausländerfeindlichen Parolen gegröht. Einige warfen einen Brandsatz in ein geöffnetes Fenster im Parterre eines Wohnhauses. Seit mehreren Jahren

2 Die Landesregierung Brandenburg initiierte 1997 ein umfassendes Aktionsprogramm »Tolerantes Brandenburg gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit«. Diesem Aktionsbündnis steht der Cottbuser Generalsuperintendent Dr. Rolf Wischnath vor. Zentrale Bedeutung haben hierbei die Mobilien Beratungsteams / Tolerantes Brandenburg (MBT), ein Team von Beratern für Kommunen und Kreise, die mit viel Erfolg arbeiten. Die Bundesregierung (BMFSFJ) übernahm die Idee solcher Teams und förderte deren Einrichtung in allen Bundesländern durch das »Civitas-Programm«.

3 Protokoll Mobiles Beratungsteam / Tolerantes Brandenburg vom 14.04.1999 (Katharina Doyé).

wohnte hier eine Familie aus Vietnam. Der vierjährige Sohn schlief im Zimmer, in das der Brandsatz fiel. Ein Glück, dass das Feuer rasch gelöscht werden konnte und niemand zu Schaden kam. Die beiden Haupttäter – ein arbeitsloser Dreiundzwanzigjähriger und ein Sechzehnjähriger aus der Gesamtschule – wurden umgehend in Beugehaft genommen und im September 2000 zu langjährigen Haftstrafen ohne Bewährung verurteilt. Wenige Tage später kommentierte die Schule diesen Vorgang symbolisch auf verblüffende Weise: Jedes Schulfenster zierte ein weißes Schaf. Nur an einem Fenster war das Schaf schwarz. Über dem Haupteingang wehte ein Banner, auf dem zu lesen war: »Schwarze Schafe gibt es überall.«

Als die Presse den Bürgermeister befragte, wie er den Brandanschlag bewerte, verurteilte er die Tat. Aber er fügte hinzu: »Es muss irgend einen Grund gehabt haben.«⁴ Der Bürgermeister ging davon aus, dass es sich um eine eher zufällige singuläre Verirrung handelte. Ihm wollte nicht recht einleuchten, dass hier eine gezielt rechtsextremistisch motivierte Tat vorlag. Und viele Menschen im Ort, welche den Anschlag verurteilten, suchten dennoch Entschuldigungsgründe. So schrieb eine Einwohnerin an die Regionalzeitung: »... Die Ausländer werden zwangsweise zugeteilt, und müssen nicht die Städte und Gemeinden auch noch für andere Kosten aufkommen? Ist denn dieser Staat dem Ausländer gegenüber demokratisch, wenn er ihm nicht mitteilt, dass die Fremdenfreundlichkeit nicht besonders groß ist und die Neuankömmlinge mit handgreiflichen Auseinandersetzungen rechnen müssen? Wäre es nicht für beide Seiten demokratisch, wenn man erst die Bürger nach ihrer Toleranz befragt? ... Der Ausländer wäre sicher froh, wenn er vor Zuzug vom entsprechenden Amt auf die positive oder negative Haltung der Bürger gegen ihn hingewiesen würde ...«⁵

Jetzt reagierte die Regionalpresse mit einer Leserkampagne unter der Überschrift »Bürger gegen Gewalt«. Die Redaktion beabsichtigte, die Menschen über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit ins Gespräch zu bringen. Wie entstehende Gewalt sich äußert und was man dagegen tun kann, sollte benannt werden. Über sechs Wochen erschien täglich ein Beitrag aus der Einwohnerschaft. Die Redakteure staunten, dass sich viele bereit fanden, sich öffentlich zu äußern – und das nicht anonym. Zum Text erschien jeweils das Foto des Verfassers mit Name und Tätigkeit. Unvermutet äußerte sich hierbei auch ein Schüler des städtischen Gymnasiums, das bisher in die »Vorfälle« nicht verwickelt war. Er wies auf oft latenten Rechtsextremismus an seiner Schule hin und bezog die Lehrer in seine Kritik ein. Das zog Kreise und wurde am Gymnasium als Tabubruch empfunden. Der Schulleiter fühlte sich angegriffen, der den guten Ruf seiner Schule gefährdet sah. Er reagierte heftig, stellte den Schüler vor der Klasse und der Schülerversammlung zur

4 MAZ »FE«, 13.05.2000.

5 MAZ »FE«, 16.05.2000.

Rede und leitete ein Disziplinarverfahren gegen ihn ein. Ein Schulverweis wurde angedroht. Doch diese Reaktion konnte in jener Phase öffentlicher Diskussion keinen Bestand haben. Die Zeitung machte den Vorgang bekannt, so dass er auch von der Landesbehörde zur Kenntnis genommen werden musste. Der Schulleiter wurde für sein Verhalten zur Verantwortung gezogen. Endlich war das Kollegium des Gymnasiums bereit, sich der Problematik von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit an der eigenen Schule zu stellen. Dabei kam heraus, dass einige »Führungskader« der rechten Szene diese Schule besuchten. Vergeblich hatte zuvor das Mobile Beratungsteam / Tolerantes Brandenburg versucht, mit der Schulleitung ins Gespräch zu kommen. Erst dieser Vorfall ermöglichte das Reden darüber.

Katharina Doyé wohnt in Bergholz-Rehbrücke und arbeitet als Studienleiterin für politische Jugendbildung an der Evangelischen Akademie in Lutherstadt Wittenberg.